



Demokratisierung I

- **Der muslimische Philosoph Jamal Al-Din Al-Afghani plädierte für eine Demokratisierung der muslimischen Welt**

„Im 19. Jahrhundert war die muslimische Welt geprägt von politischem Despotismus, wirtschaftlichem Niedergang, wissenschaftlichem Stillstand und der Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung. Der muslimische Philosoph und Reformler Ğamāl Al-Dīn Al-Afġānī (1839-1897) war der festen Überzeugung, dass der Despotismus den Bürger entmündigen und seine geistigen Potentiale in Ketten legen würde. Kreativität und Fortschritt würden ein Klima der Partizipation und Freiheit benötigen. Die Tyrannei, die nach der Ermordung des Kalifen ʿAlī ibn Abī Ṭālib (gest. 661) mit der Etablierung der Dynastie der Umayyaden in den Islam Einzug gehalten hatte, sei überlebt. Mit Blick auf die positive Entwicklung Europas gelangte er zu der Überzeugung, dass die Demokratie die effizienteste Staatsform sei und deshalb am besten geeignet für eine islamische Renaissance. Diese Feststellung leitete er nicht aus dem Qurʾān ab, denn die Offenbarung spricht sich für keine Staatsform aus. Das Schweigen Gottes in dieser Angelegenheit, deutete der Philosoph Al-Afġānī als Imperativ, die menschliche Vernunft einzusetzen, um eine Staatsform zu wählen, die zum Wohle aller ist. Welche andere Staatsform als die Demokratie bietet sich besser an, um der Willkürherrschaft ein Ende zu bereiten und ein Klima der Toleranz und Meinungsfreiheit zu schaffen? Und so stellte sich bereits im 19. Jahrhundert ein muslimischer Philosoph jene Frage, die heute die ganze Welt beschäftigt: Wie kann die zutiefst von despotischer Herrschaft geprägte muslimische Welt ihren Weg zur Demokratie finden? Al-Afġānī war sich bewusst, dass die Einführung der Demokratie von heute auf morgen – wie es einige naive amerikanische Politiker und Denkfabriken heute glauben – unmöglich ist. Der Despotismus hätte zu tiefe Spuren im Denken der Orientalen hinterlassen. Sie würden bei dem ersten Anzeichen einer Krise das Vertrauen in die Demokratie verlieren und nach einem starken Führer rufen.“

- **Demokratisierung durch eine "Graswurzelbewegung"**

„Nach der Ermordung des Šāhs ließ der Sultan – wohl zu seiner eigenen Sicherheit – Ğamāl Al-Dīn unter Hausarrest stellen. In seinem letzten Lebensjahr erkannte Al-Afġānī, dass seine lebenslange Suche nach einem ‚erleuchteten‘ Herrscher vergeblich war. Ebenso brachte die Ermordung des Šāhs nicht den erhofften Regimewechsel im Iran. Der Tyrann in einem despotischen System ist letztlich nur ein Individuum, das durch ein anderes ersetzt werden kann. Wirkliche Veränderungen könnten nur stattfinden, wenn die Grundlagen eines despotischen Systems zerstört werden, indem sich das

Denken der Menschen ändert. Durch Aufklärung müsse diese neue Denkart entstehen, die jeden Despotismus ablehnt. Es ist schwer abzuschätzen, wie niederschmetternd diese Erkenntnis für den Reformen und Philosophen gewesen sein muss, der plötzlich einsah, dass er seine Energien falsch eingesetzt hatte und erst zu seinem Lebensende die geeignete Methode für eine Demokratisierung der muslimischen Welt gefunden hatte. Er selber würde nun nicht mehr die treibende Kraft sein, die er sich immer gewünscht hatte zu sein, was übrig blieb war, diese Erkenntnis den Reformern von morgen weiterzugeben. (...)

In einem Brief, den er kurz vor seinem Tod verfasste, rief Ġamāl Al-Dīn die umma dazu auf, das Fundament der Tyrannei zu zerstören und nicht gegen einzelne Vertreter des Systems vorzugehen:

„Bemüht euch, so gut ihr könnt, die Fundamente des Despotismus zu zerstören und nicht gegen seine individuellen Vertreter vorzugehen. (...) Wenn ihr euch nur bemüht, euch gegen Einzelne aufzulehnen, dann verschwendet ihr eure Zeit.“

Ġamāl Al-Dīn hatte erkannt, dass die einfachen Muslime unter sich den Gedanken von Demokratie und Freiheit verbreiten müssten. Die Muslime müssten beide Konzepte verstehen und sie dann von den Despoten einfordern. Wenn dieser keine Unterstützer mehr findet, könnte er gar nicht anders als zurückzutreten und die umma würde als Souverän eines wahrhaft islamischen Staates auf der Grundlage der demokratischen Willensbildung mittels ihrer gewählten Repräsentanten fortan eigenständig ihre politischen Entscheidungen treffen.“